

WOLFRAM ADOLPHI

Der Osten und das Ganze und:

Das Schweigen der Frauen.

Elf Notizen zum

Rostocker Parteitag der PDS

Erstens:

Die Radio-Nachrichten, gleich auf der Rückfahrt von Rostock verschiedenen Sendern abgelauscht, klangen überraschend übereinstimmend gut: »PDS will Vetorecht für die neuen Länder in den Ostdeutschland betreffenden Fragen« und: »PDS bekennt sich zum Sozialismus«. Die Debatten so gleich doppelt auf den inhaltlichen Punkt gebracht – das ist wichtig, sehr wichtig in Zeiten, da knappe Botschaften so markant über Stimmengewinne oder -verluste entscheiden können.

Und es muß etwas dran sein an neu gewonnener Überzeugungskraft der Partei, wenn seitens der kritischen Medien dem Inhalt so deutlich der Vorzug gegeben wurde gegenüber der Verlockung, die großen Überschriften lieber aus der Form zu beziehen. Denn ganz leicht hätte man unter Berufung auf manche Lobby-Debatte auch »Gährende Langeweile« oder »Sieg der Disziplin über die Lebendigkeit« zur Hauptüberschrift machen können.

Aber man hat sich mit Recht für die Inhalte entschieden. Denn noch nie ist auf einem Parteitag der PDS so zwingend herausgearbeitet worden, daß ohne eine Überwindung der Diskriminierung Ostdeutschlands eine Reformalternative für die gesamte Bundesrepublik nicht machbar ist. Das Rostocker Manifest »Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik« ist mitnichten die Verteidigung von »Ostnischen«, sondern es ist der offensive Umgang mit der auch nach acht Jahren staatlicher Einheit noch nicht überwundenen Teilung Deutschlands in zwei Gesellschaften sowie mit der unwiderlegbaren Erfahrung, daß der Osten zum wohlfeilen Versuchsfeld ungehemmter Deregulierung für ganz Deutschland gemacht worden ist.

Zweitens:

Natürlich ist es so, daß viele Teile des mit großer Mehrheit beschlossenen Wahlprogramms »Für den politischen Richtungswechsel! Sozial und solidarisch – für eine gerechte Republik!« auch in dieser oder jener Form in sozialdemokratischen und bündnisgrünen Programmen und Papieren zu finden sind. Wieso denn – um Himmels willen! – auch nicht? Und wieso eigentlich wird das seitens der Sozialdemokraten und Bündnisgrünen immer wieder kritisiert – und nicht zustimmend hervorgehoben?

Aber: Daß die umfassende Diskriminierung des Ostens nichts anderes ist als eine besonders radikale und komplexe Erschei-

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dipl.-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist; Mitarbeiter der Redaktion UTOPIE kreativ.

nungsform des deutschen Neoliberalismus, und daß, wenn er erfolgreich sein soll, der Kampf gegen den Neoliberalismus daher im Kampf gegen diese Diskriminierung eine zentrale Komponente besitzen muß – diese Einsichten eben findet man nur bei der PDS.

In mehr als zwei Jahren intensiver Debatten habe ich von sozialdemokratischen und bündnisgrünen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im parteienübergreifenden Diskussionszusammenhang »Crossover« der Zeitschriften »UTOPIE kreativ«, »Andere Zeiten« und »spw« gelernt: Kampf gegen Neoliberalismus ist Kampf um die Wiedergewinnung der Politik. Aber den Kampf um die Wiedergewinnung der Politik dort, wo sie von den Regierenden einschließlich einer großkoalitionär oder alleinherrschend handelnden SPD am willigsten verlorengegeben worden ist – im Osten –: den führt die PDS so gut wie allein.

Der Ehrenvorsitzende der PDS Hans Modrow hat es in seiner Eröffnungsrede auf dem Rostocker Parteitag geltend gemacht, Parteivorsitzender Lothar Bisky in seinem Referat in gewohnt unaufgeregter Sachlichkeit weiter vertieft, Wahlkampfleiter André Brie in der Begründung des Wahlprogramms mit etlichen gelungenen Zuspitzungen versehen und Bundestags-Gruppenchef Gregor Gysi auf den dringend notwendigen polemischen Punkt gebracht: Die PDS ist die einzige wirkliche Stimme des Ostens nicht, weil sie einen besonderen Anspruch darauf erhebt, sondern weil alle anderen Bundestagsparteien in der Ostfrage versagt haben. Und es ist ein ungeheurer Verlust an Reformkraft, wenn SPD und Bündnisgrüne nicht erkennen, daß Reformen im Westen nicht auf den Weg gebracht werden können, wenn die Diskriminierung des Ostens bestehen bleibt.

Aber sie erheben ja eben ihre Stimme in diesem Zusammenhang nicht, die SPD und die Bündnisgrünen. Sie nehmen sie hin, die nicht zu zählenden Diskriminierungsformen, unter denen Gysi ein paar besonders absurde heraus hob. Zum Beispiel dieses: Noch immer ist, wenn Geld in den Osten geht, von »Transfer« die Rede – innerhalb der alten Bundesländer heißen solche Finanzbewegungen »Bundeszuschuß«. Oder: Die Preise im Osten – jeder weiß es – sind längst Westpreise, die Löhne und Gehälter aber nicht, und als Begründung muß niedrigere Produktivität herhalten; wo aber in einzelnen ostdeutschen Unternehmen die Produktivität höher ist als im Westen, was gelegentlich des wahlkämpferischen »Blühende-Landschaften«-Nachweises hier und da gern hervorgehoben wird – da gibt es dann trotzdem bloß 77 oder 83 Prozent der Westlöhne, weil Ostdeutschland eben in eine Art »Generalhaftung« genommen wird. Und die Nichtanerkennung der Ostlehrerabschlüsse im Westen: Für den Osten also, die »dummen« Kinder, sind die Ostabschlüsse gut genug, für den Westen hingegen reichen sie nicht. So trennt man Gesellschaften auf Dauer.

Drittens:

Der Parteitag hilft, klarer zu begreifen, daß schon das Wort »Ostproblem« in die Irre führt. Denn die meisten der heutigen »Ostprobleme« sind Probleme, die durch das Handeln des Westens entstanden sind. Oder haben die Ostdeutschen sich selbst die Renten

beschnitten, die Industrie zerschlagen, die Bodenreform in Frage gestellt und so viel eigene Wissenschaft abgewickelt?

Und so ist auch das Wort von der »Ostpartei« ein irreführendes. Was da als »Ostpartei« kleingeredet wird, ist Antidiskriminierungspartei, und es ist eine Tragik, daß Sozialdemokraten und Bündnisgrüne, die anderswo aktiv Diskriminierung bekämpfen, in der Ostfrage einen Sonderfall sehen, in dem Diskriminierung erlaubt ist.

Das kann nicht gut gehen, und die PDS steht in der schwierigen Pflicht, dies in Auseinandersetzung mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen deutlich zu machen. Schwierig ist diese Pflicht, weil die Zeichen ja eigentlich ganz anders gesetzt sind: auf Kampf gegen den Neoliberalismus von CDU/CSU und FDP. Aber da gibt es ja noch eine andere, etwas subtilere Diskriminierung: Aus der Geschichte – und also aus den tragischen Kämpfen zwischen KPD und SPD – lernen muß offensichtlich nur die PDS. Die anderen, die ihren Programmen zufolge auf einen Politikwechsel in Bonn hinarbeiten, haben sich solches Lernen nicht auferlegt. Die können von der PDS mit größter Selbstverständlichkeit verlangen, sie möge sich doch am besten auflösen, weil dann der Wechsel in Bonn um so sicherer sei. Was für ein bitteres, antidemokratisches Spiel! Und was für ein gewaltiger Betrug am Osten. Denn wann sind im jetzigen Bundestag SPD- oder Bündnis 90/Die Grünen-Stimmen gegen die Diskriminierung des Ostens laut geworden? Und wo die Stimmen derjenigen Ostländer, in denen SPD und B190/Die Grünen in der Regierung sitzen?

Viertens:

Der Rostocker Parteitag, die ihn vorbereitenden Programmdebatten und die vielen hundert Anträge zum Wahlprogramm haben erlebbar gemacht, daß konsequentes Ringen um antidiskriminatorische Positionen programmatisch dichter an den Begriff des Sozialismus heranführt, als das bei manchem früheren Papier der PDS der Fall war. Man merkt es ganz deutlich: Nicht vor allem »aus dem Diskurs heraus« sind die Formulierungen des Wahlprogramms und des Rostocker Manifests entstanden, sondern vor allem aus den Erfahrungen des Lebens – der tiefen Niederlage des Jahres 1989 und des buchstäblich täglichen Lernens danach.

So wird es begreifbarer, was die PDS will, wird es besser erklärbar, wird es öffentlicher, wird es besser verbindbar mit der täglichen Praxis politischer Arbeit. Und wird es – allmählich – auch wieder visionsträchtig.

Fünftens:

Und das hat auf interessante Weise etwas mit dem Zusammenhang zwischen Programmatik und Pragmatik zu tun.

Programmatik – das ist ja nicht nur das Aufschreiben eines Programms, sondern das in Texten ausgedrückte Wissen um künftige gesellschaftliche Entwicklungen. Und wenn man sich in diesem Wissen zugleich sowohl lernfähig verhält als auch durch kurzfristige Nützlichkeitsabwägungen nicht irre machen läßt, tritt günstigenfalls die Situation ein, daß Wählerinnen und Wähler nach eini-

gen Jahren erkennen, daß da programmatisch über einen längeren Zeitraum hinweg zutreffend vor Zuständen gewarnt worden ist, die nun tatsächlich eingetreten sind.

Der Einigungsvertrag von 1990 ist von der PDS von Beginn an aus genau jenen Gründen abgelehnt worden, die heute, acht Jahre später, das Rostocker Manifest notwendig machen. Mit diesem Vertrag, den die SPD vollständig mitverantworten hat, weil sie – die genaue Erinnerung ist wichtig! – in Bonn zwar in der Opposition war, in der Noch-DDR aber eine Große Koalition gebildet und damit ausdrücklich auf vollständige Mitverantwortung hingearbeitet hatte, wurden all jene Verwerfungen eingeleitet, die heute den Osten prägen und von Jahr zu Jahr stärker auf den Westen zurückwirken.

Der Einigungsvertrag, der eigentlich höchste Politik – sprich: zielstrebige, der ungeheuren Kompliziertheit der Aufgabe der Zusammenführung zweier Gesellschaften angemessene und darum auch Außergewöhnliches einschließende Regulierung der plötzlich entgrenzten Wirtschaft – hätte sein müssen, war in Wirklichkeit Selbstaufgabe der Politik. Als Politik gefordert war wie nie zuvor, »ging sie verloren« wie nie zuvor.

Jetzt gilt es, sie wiederzugewinnen, und da ist es der PDS Pflicht und Schuldigkeit, daran zu erinnern, daß sie sich an dieser Selbstaufgabe nicht beteiligt hat.

Aber: Hatte die Programmatik der PDS auf allen Ebenen – also auch und besonders in den Ländern und Kommunen – immer eine solche Kraft, daß die Wählerinnen und Wähler ihre heutigen Erfahrungen in Bezug zu ihr bringen können? Aktuelle Umfrageergebnisse zum Beispiel im von der SPD mit absoluter Mehrheit regierten Land Brandenburg, wo die PDS in der Opposition ist, und in Brandenburgs ebenfalls von der SPD regierten Landeshauptstadt Potsdam, wo die PDS aber die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung stellt und darum starken Einfluß auf die Stadtpolitik hat, weisen in beiden Fällen auf zu erwartende Gewinne der SPD und Verluste der PDS hin. Das ist mit Sicherheit nicht nur dem »Schröder-Sog« geschuldet.

Sechstens:

Überhaupt ist dringendst vor aller Selbstgefälligkeit zu warnen!

Rostock war – und das ist schlimm! – ein Parteitag fast ganz der Männer. Dabei waren doch in Schwerin ein Jahr zuvor gerade so viele kompetente Frauen in den Bundesvorstand gewählt worden. Mit Gabi Zimmer und Petra Sitte war ausgewiesene gute Landespolitik in den Vorstand gekommen – aber der Parteitag war ganz auf die gewohnten Männergesichter zugeschnitten. Und als ob das noch nicht reichte, daß alle vier großen Referate von Männern gehalten wurden: Man verständigte sich auch noch auf eine Verkürzung der Generaldebatte, was die Chance für gelungene Beiträge von Frauen weiter einschränkte. In nur zehn Minuten mußten Petra Sitte, Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin bei den unmittelbar bevorstehenden Wahlen in Sachsen-Anhalt und personifizierte Kompetenz in Sachen Magdeburger Modell, und Petra Pau, Berliner Landesvorsitzende und von den Männern des Vorstandes

nicht gerade konsequent geförderte, sondern erst ganz zum Schluß akzeptierte Bundestagskandidatin für den Schlüsselwahlkreis Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg, die hochgespannten Erwartungen des Parteitages auf spannende, widerspruchsvolle, überzeugende Reden und die Erbringung des Beweises, daß die PDS eben nicht nur aus Gysi-Bisky-Brie-Bartsch besteht, erfüllen – eine ganz und gar unrealisierbare Forderung. Fast zwei Stunden hingegen hatte Gregor Gysi am Ende Zeit, in gewohnter Weise zu brillieren, zu überzeugen, anzuregen, zu provozieren und leidenschaftlich Begeisterung zu vermitteln – aber eigentlich hatte das Programm nur 45 Minuten vorgesehen, und die Generaldebatte war verkürzt worden, weil man den Zeitplan einhalten wollte. So dauerte trotzdem alles eine Stunde länger, und fast alle ertrugen's ohne Murren, weil es eben Gysi war.

Von einer »weitgehend unbekanntem lokalen Größe« hatten deutschlandweit die Medien gesprochen, als Petra Pau Ende März für Elmar Schmähling in die Bresche gesprungen war. Rostock hätte die Möglichkeit geboten, der ganzen Republik zu zeigen, daß die Berliner Landesvorsitzende keine »lokale Größe«, sondern der haargenau richtige rote Punkt für die Hauptstadtmitte ist. Aber da hätte sie eine halbe Stunde Redezeit haben müssen, um richtig selbstbewußt ihren ganz eigenen – und keineswegs langweiligen! – Ton finden zu können, und ausdrückliche Ermutigung durch die redengewandten Männer.

Siebtens:

Da fällt mir ein, daß Bundestags-Direktkandidat Täve Schur, der auch in Rostock von einer Sympathiewoge getragen wurde, seine große, alle Parteiengrenzen überschreitende Beliebtheit nur zum Teil seinen jeweils zwei Einzelsiegen bei Weltmeisterschaften und Friedensfahrten verdankt. Als ganz besonders große Leistung empfinden viele bis heute seine Hilfe für Bernhard Eckstein bei den Weltmeisterschaften auf dem Sachsenring 1960 und seinen Einsatz für Egon Adler auf der letzten Friedensfahrtetappe im gleichen Jahr.

Das könnte doch wenigstens ein bißchen Symbol sein?

Denn noch eine zweite Halbstundenrede einer Frau hätte sich unbedingt gehört: eine Rede Petra Sittes. Die Bedeutung der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt – bei Erscheinen dieses Heftes sind sie bereits Geschichte – hätte eine gründlichere Analyse der Magdeburger Erfahrungen durch die Spitzenkandidatin unbedingt erforderlich gemacht.

Und es sind nun einmal – wir wissen es doch! – auch die Bilder, mit denen Wahlkampf gemacht wird, und unentwegt waren die Kameras in Rostock auf Gregor Gysi gerichtet. Also muß er sich doch demonstrativ mit Petra Pau und Petra Sitte gemeinsam zeigen in solchen Zeiten – oder nicht?

Achtens:

Nicht so kritisch wie manche Disputantinnen und Disputanten in der Lobby sehe ich, daß es keine Debatte über die Probleme bei der Auswahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten für die offene

Liste mehr gab. Es war, glaube ich, im Vorfeld alles gesagt. Bei der Wahl von Petra Pau zur Kandidatin in Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg hatte man die Dinge um Elmar Schmähling und die Entstehung und Zurücknahme seiner Kandidatur diskutiert, und ich fand es gut, daß Schmähling in Rostock noch einmal das Wort erhielt. Aber was hätte nun in Rostock noch herauskommen sollen an Kritik und Selbstkritik? Wer hätte sich denn nun – und wie – verpflichten sollen, es in fünf Jahren ganz bestimmt ganz anders zu machen?

Neuntens:

Die Art der Präsentation der Kandidatinnen und Kandidaten insgesamt zu diskutieren oder wenigstens als Problem bewußt zu machen – das allerdings hätte sich schon gelohnt. Natürlich war es komisch, vom Ex-Admiral Schmähling erwarten zu wollen, er müsse nun der Kandidat der Kiez-Szene sein. Die das verlangten, hatten plötzlich vergessen, daß doch auch Gysi nie als »Stimme Marzahn« gewählt wurde und Bisky nicht der besonderen Interessen Müggelheims wegen in den Bundestag ziehen soll. Der NATO-Gegner im Regierungsviertel – diese Botschaft war schon gut überlegt.

Welche transportieren die anderen?

Wenn es richtig ist mit dem Gedanken des Rostocker Manifests, daß die Ostprobleme Deutschlandprobleme sind, dann muß jede Ost-Kandidatin, muß jeder Ost-Kandidat auch etwas transportieren, das im Westen Aufmerksamkeit erregt. Die Schmähling-Kandidatur stand auch in süddeutschen Regionalblättern, und manch einer hat auf diese Weise zum ersten Mal von der tatsächlichen Wählbarkeit der PDS gehört. Ein paar andere solche Aufmerksamkeitskandidaturen dürfen's schon sein! Aber das verlangt Arbeit und Einsatz füreinander – siehe oben.

Zehntens:

Wahlprogramme und Parteitagsanträge taugen schlecht zu gründlicher Geschichtsdebatte. Aber sie fordern sie immer wieder heraus – und rücken Versäumnisse in plötzlich grelles Licht.

So ging's in Rostock mit dem Antrag gegen die Aushebelung der Bodenreform. Denn ganz mutig hatten die Antragsteller die Lage der mit der Bodenreform zu eigenem Land gekommenen Umsiedler mit einigen in der DDR-Geschichte tabuisierten Begriffen beschrieben – und waren prompt auf verbreitetes Unverständnis gestoßen. Protest gab es gegen die Formulierung, wonach es sich bei den ehemaligen deutschen Ostgebieten um »vom deutschen Imperialismus verspielte Territorien« handelte, und Antragbegründer Lutz Scherling kam nicht dazu, seinen Standpunkt in Ruhe damit zu begründen, daß dann, wenn Deutschland die Tschechoslowakei und Österreich nicht annektiert und den Zweiten Weltkrieg nicht angezettelt hätte, die damals deutschen Gebiete gewiß auch heute noch deutsch wären. Nur ganz flüchtig konnte er sich erklären – und scheiterte auch mit einer Formulierung, wonach mit einer Aushebelung der Bodenreform die im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs von ihrem Grund und Boden Enteigneten heute ein erneutes Mal

enteignet würden. Nein, das damals könne man nicht als Enteignung betrachten, von einer erneuten Enteignung könne also nicht gesprochen werden, war die überschnell erklärte Position einer Mehrheit.

Es zeigt sich: Das Thema bedarf gründlicherer Behandlung. Es stimmt: In der DDR ist, weil man strikt gegen jede Art revanchistischer Formulierungen vorging, von Enteignungen der Deutschen in den ehemals deutschen Gebieten nicht gesprochen worden. Und wenn doch, dann mit einem Verweis auf die kollektive Verantwortung eines Volkes: Hättet ihr den Faschismus nicht zugelassen, hätte es den Krieg nicht gegeben und nicht seine Folgen.

Als man die Macht hatte, war es einfach, solche Sätze zu formulieren – so einfach, wie es für die heute Mächtigen ist, mit dem Verweis auf kollektive Verantwortung der DDR-Bevölkerung den einzelnen zu demütigen.

Sie haben alles verloren, diese Millionen Umsiedlerinnen und Umsiedler, und keinen Zweifel gibt es daran, daß es der Krieg ihres eigenen Landes war, dem dieser Verlust geschuldet ist. Aber die Schuldfrage vermindert nicht das individuelle Leid – und es steht einer nachdenklichen Partei gut zu Gesicht, für solche Zusammenhänge auch angemessene Begriffe zu finden. – So, wie es ihr auch gut zu Gesicht steht, offen zu sein für die Argumente jener, die darauf hinweisen, daß sie durch die Bodenreform enteignet wurden, ohne auch nur im entferntesten zu den »Junkern« zu gehören.

(Ich setze das Wort in Anführungszeichen, weil ich, am Stand des »Kleinen Buchladens« die »UTOPIE kreativ« vertreibend, in einer Pause in Victor Klemperers Tagebüchern der unmittelbaren Nachkriegsmonate blätterte und fand, daß er im Zusammenhang mit der Losung »Junkerland in Bauernhand« die Buchstaben LQI eingedrückt hatte: Lingua Quartii Imperii – Sprache des Vierten Reiches. Mit unverändert sensiblem Sprachgefühl hatte er erkannt, daß hier erneut ein »Kampfbegriff« gefunden war.)

Elftens:

Der Rostocker Parteitag hat das Wahlprogramm der PDS verabschiedet. Was den Delegierten aber nicht mitgegeben wurde, ist eine Handreichung zur vernünftigen Entschleunigung. Solche Entschleunigung indes ist angezeigt. Wer jetzt schon nur noch Wahlkampf macht, hat kaum eine Chance, im September immer noch hellwach zu sein. Es lohnt nicht, über jeden Stock zu springen, der da von irgendwem irgendwo hingehalten wird. Noch weiß – ich schreibe diese Zeilen Mitte April – niemand, wer wirklich Kanzlerkandidat der CDU/CSU sein wird. Noch weiß niemand, wie stark der »Schröder-Sog« im August noch ist. Und 5-Mark-Debatten können noch viele Male auf- und wieder abflauen. Die Hühnchen werden im Herbst gezählt.